

Peter HILPOLD / Beate GASSNER | Juli 2020



AUF DEM WEG ZUR UMSETZUNG DES GRÜNEN DEALS

Die EU soll bis 2050 klimaneutral werden. Die neue EU-Kommission hat zu Beginn ihres Mandats den Grünen Deal zu ihrem Schwerpunkt erklärt. Dieser soll die Senkung von Treibhausgasemissionen in allen relevanten Sektoren umfassen: Von der Energieerzeugung über Effizienzsteigerungen bis zur Senkung des Verbrauchs in der Industrie, den Haushalten, dem Verkehr, der Landwirtschaft sowie der Stärkung des Umweltschutzes. Dieser Plan bleibt trotz der Corona-Krise gültig, denn die Kommission setzt auf einen Grünen Wiederaufbau.



Maßnahme 1: Investitionsplan für den Grünen Deal

Der Investitionsplan sieht vor, eine Billion Euro über den EU-Haushalt bis 2030 zur Umsetzung des Grünen Deals zu mobilisieren. Rahmenbedingungen für private InvestorInnen und den öffentlichen Sektor sollen verbessert werden, zB durch mehr Spielraum bei staatlichen Beihilfen. [mehr ↗](#)



Maßnahme 2: Fonds für einen gerechten Übergang

Durch diesen Fonds sollen negative Auswirkungen durch die Umsetzung des Grünen Deals in bestimmten Regionen und Sektoren abgedeckt werden, zB durch Investitionen, Forschung, Umschulungen und Weiterqualifizierungen. [mehr ↗](#)



Maßnahme 3: Europäisches Klimagesetz

Es stellt die rechtliche Verankerung des Ziels dar, kontinuierlich die Treibhausgasemissionen zu senken, um bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Auf unterschiedliche Ausgangssituationen der einzelnen Mitgliedstaaten soll Rücksicht genommen werden. [mehr ↗](#)



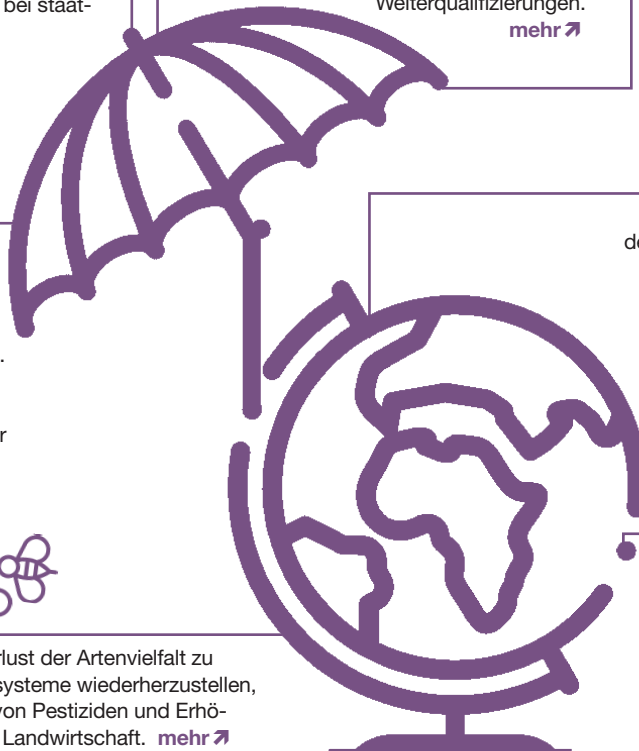
Maßnahme 7: Energiesystem der Zukunft

Die Strategie zur Integration des Energiesystems will dieses effizienter machen, den Anteil von Strom am Energiemix erhöhen, sowie saubere Brennstoffe fördern. Dies wird durch die Wasserstoffstrategie unterstützt, welche die Dekarbonisierung energieintensiver Sektoren voranbringen will (zB Flugverkehr, industrielle Prozesse). [mehr ↗](#)



Maßnahme 4: Aktionsplan Kreislaufwirtschaft

Der Aktionsplan soll für eine Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch sorgen. Produkte sollen nachhaltiger gestaltet, KonsumentInnen besser informiert, Recycling ausgebaut und Reparaturen erleichtert werden. [mehr ↗](#)



Maßnahme 5: Strategie Vom Hof auf den Tisch

Mit dieser Strategie soll die Lebensmittelproduktion nachhaltiger und Lebensmittelverschwendung eingedämmt werden. KonsumentInnen sollen bessere Informationen über die Produkte erhalten, um Kaufentscheidungen bewusster treffen zu können. [mehr ↗](#)

Maßnahme 6: Biodiversitätsstrategie



Ziel dieser Strategie ist es, den Verlust der Artenvielfalt zu bekämpfen und geschädigte Ökosysteme wiederherzustellen, zB durch Senkung des Einsatzes von Pestiziden und Erhöhung des Anteils der biologischen Landwirtschaft. [mehr ↗](#)

Der Grüne Deal

Beim Grünen Deal handelt es sich um eine Wachstumsstrategie mit dem Ziel, für eine faire und wohlhabende Gesellschaft zu sorgen und bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Insgesamt 47 Maßnahmen sollen Europas Wirtschaft modern, ressourceneffizient und wettbewerbsfähig machen sowie das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung entkoppeln. Dieser Übergang soll gemäß Kommission gerecht und inklusiv erfolgen. [mehr ↗](#)

Impressum Herausgeberin und Medieninhaberin Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Telefon +43 1 501 650 · Offenlegung gem § 25 des Mediengesetzes siehe wien.arbeiterkammer.at/offenlegung · Zulassungsnummer AK Wien 02Z34648 M · Redaktion Adi Buxbaum, Sarah Bruckner, Éva Dessewffy, Frank Ey, Beate Gassner, Peter Hilpold, Oliver Prausmüller, Henrike Schaum, Norbert Templ, Valentin Wedl · Grafik Julia Stern · Verlags- und Herstellungsort Wien · Blattlinie Die Meinungen der AutorInnen · Kostenlose Bestellung unter <http://wien.arbeiterkammer.at/>

ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen in den Mittelpunkt stellen!

- Die AK unterstützt den Grünen Deal \rightarrow . Gleichzeitig ist aber sicherzustellen, dass alle Maßnahmen im Rahmen des Grünen Deals sozial gerecht und im Sinne der ArbeitnehmerInnen gestaltet werden.
- Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien und der Steigerung der Energieeffizienz müssen Maßnahmen gegen Energiearmut gesetzt werden. Eine Zwei-Klassen-Energiegesellschaft ist zu vermeiden.
- Die Dekarbonisierung des Verkehrs muss sozial gerecht gestaltet werden. Die Stärkung des öffentlichen Verkehrs muss dabei prioritäres Element sein.
- Energetische Sanierungen dürfen die Leistbarkeit des Wohnraums nicht gefährden. Der Schwerpunkt ist auf Sozialwohnungen, Schulen und Krankenhäuser zu legen.
- Der Investitionsplan von einer Billion Euro bis 2030 wird nicht ausreichen \rightarrow , die bestehenden Klima- und Energieziele zu erreichen. Die Kommission geht selbst davon aus, dass es zusätzlich jährlich 260 Mrd. Euro an Investitionen braucht. Es ist höchste Zeit für eine Verankerung der goldenen Investitionsregel, um klimarelevante und soziale Investitionen durch die Mitgliedstaaten zu ermöglichen, ohne die EU-Fiskalregeln zu verletzen. Nicht thematisiert wird auch das Thema Steuerbetrug und Steuervermeidung, mit dem 825 Mrd. Euro an Steuereinnahmen jährlich verloren gehen.
- Die AK begrüßt die Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang \rightarrow . Allerdings muss der Anwendungsbereich regional breiter definiert werden. Die vorgesehene Kopplung mit anderen Fonds (zB ESF+) aufgrund unterschiedlicher Prioritäten ist abzulehnen. Die Einbindung der Sozialpartner bei der Ausarbeitung von Programmen muss verankert werden.
- Die AK unterstützt das Klimagesetz \rightarrow mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050. Um diese zu erreichen, braucht es Kohärenz mit anderen Politikfeldern. Dabei ist vor allem die EU-Handels- und Investitionspolitik in den Blick zu nehmen, da sie wesentlich zur Treibhausgasbilanz der EU beiträgt. Sie darf keinesfalls in Widerspruch zum Klimaschutz stehen oder diesen unterwandern. Internationale Arbeits- und Umweltstandards müssen in allen Handelsabkommen sanktionierbar verankert und von Vertragsländern angewandt werden. Das Pariser Klimaabkommen muss verbindlicher Bestandteil aller Abkommen sein. Sonderklagerechten für Investoren sind ein Ende zu setzen.
- Die AK unterstützt den breiten Ansatz der Kreislaufwirtschaft \rightarrow . Das Recht auf Reparatur ist für weitere Produktgruppen vorzusehen. Es braucht KonsumentInneninformationen, die von den HerstellerInneninteressen unabhängig sind. Um das Potential neuer Arbeitsplätze auszuschöpfen, ist der Soziale Dialog zu stärken. Außerdem braucht es verbindliche Regeln über Sorgfaltspflichten von Unternehmen entlang ihrer gesamten Lieferketten.

Der EU-Wiederaufbaufonds gegen die Coronakrise

Am 27. Mai hat die EU-Kommission einen Wiederaufbauplan „Next Generation EU“ vorgelegt, der zusätzliche Mittel in Höhe von 750 Mrd. Euro vorsieht. Der Grüne Deal soll dabei der Motor für den Wiederaufbau und beim Schaffen neuer Arbeitsplätze sein.

Der vom Europäischen Rat am 21. Juli angenommene Plan bekräftigt, dass das Thema Klimaschutz in den Programmen, die über den Wiederaufbauplan sowie den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 finanziert werden, durchgängig berücksichtigt werden. 30 % anstatt bisher 25 % der Mittel sollen konkret für klimaschutzrelevante Projekte verwendet werden. Der Fonds für einen gerechten Übergang wird von ursprünglich 7,5 Mrd. Euro auf 17,5 Mrd. Euro aufgestockt \rightarrow .

Hinzu kommen geplante Vorschläge für EU-Eigenmittel, zB aus dem Emissionshandel, einer Plastiksteuer oder einem CO₂-Grenzausgleich. Damit können wichtige finanzielle Anreize geschaffen werden, um den Grünen Deal umzusetzen \rightarrow .

Welche Maßnahmen folgen ab dem Herbst?

Die Kommission plant für die nächsten Monate noch zahlreiche Initiativen. Aus Sicht der AK sind dabei besonders relevant:

- Der **Klimazielpfad für 2030**, der ein Zwischenziel auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2050 definiert
- **Renovierungswelle** zur Steigerung der Renovierungsquoten für öffentliche und private Gebäude
- **Der Europäische Klimapakt**, mit dem die InteressenträgerInnen und BürgerInnen besser eingebunden und der Informationsaustausch mit der Zivilgesellschaft gestärkt werden soll
- Neue **Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen**
- Eine **Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität** sowie ein Vorschlag für nachhaltige Flugzeugkraftstoffe
- Vorschlag zur **Stärkung der VerbraucherInnen für den grünen Wandel**